

V0197/25

**Haushaltskonsolidierung**

**-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.04.2025-**

**Antrag:**

die SPD-Stadtratsfraktion stellt folgenden

**Antrag:**

1. Die Stadtverwaltung prüft die (temporäre) Vermarktung der Namensrechte städtischer Gebäude oder von Gebäuden städtischer Unternehmen. Hierfür ist ein Regelwerk zu entwickeln, welche Gebäude in Frage kommen und welche Voraussetzungen vonseiten der Unternehmen zu erfüllen sind.
2. Die Stadtverwaltung stellt dar, welche Einsparung an (Büro-)Flächen durch den geplanten Stellenabbau erwartet wird und mit welchen Maßnahmen eine möglichst effiziente Nutzung der benötigten (Büro-)Flächen erreicht wird.
3. Die Stadt Ingolstadt prüft, ob eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit innerhalb der Region 10 (oder darüber hinaus) gemäß dem Vorbild der [Städteachse Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach](#) in Einzelfällen finanzielle Vorteile bringt.
4. Die Stadt Ingolstadt verhandelt zusammen mit den Partnern im Zweckverband der [VGI](#) mit dem Freistaat Bayern über den Beitritt des Freistaats in den Zweckverband der VGI analog des [MVV](#).
5. Die Stadt Ingolstadt passt Gebühren, Mieten o. ä. regelmäßig im Sinne einer transparenten und verlässlichen Gestaltung gemäß Veränderungen des Verbraucherpreisindex des Statistischen Bundesamts an.
6. Die Stadt Ingolstadt prüft die Ausgabe von Bürgeranleihen, z. B. „Ingolstadt Bonds“, wodurch Bürgerinnen und Bürger ihre Verbundenheit zu freiwilligen Leistungen der Stadt im Investitionsbereich zum Ausdruck bringen können.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	22.10.2025	Bekanntgabe
Stadtrat	30.10.2025	Bekanntgabe

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 22.10.2025**

*Der Antrag der Verwaltung **V0588/25** und der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **V0197/25** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat De Lapuente verweist auf den Antrag seiner Fraktion. Der Ansatz sei mit der Vermarktung von Hallengebäuden Gelder zu generieren. Da der Antrag nicht weiterverfolgt werde regt er an, dies hinsichtlich des Potentials Einnahmen zu generieren im IAK zu behandeln.

Oberbürgermeister Dr. Kern sichert zu dies in einer der nächsten Sitzungen des IAK zu behandeln.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekannt gegeben.